

VCS gibt Kampf gegen Stans West auf

Kehrtwende des Verkehrsclubs: Er will sich bei der Planung der Strasse Stans West konstruktiv einbringen und sammelt Unterschriften.

Christian Glaus

Bisher hat Daniel Daucourt, Präsident VCS Nid- und Obwalden, nur wenig Gutes am Bau der Entlastungsstrasse Stans West erkannt. Sie sei zu teuer, der Landverbrauch zu gross, der Nutzen zu klein. Nachdem Baudirektor Josef Niederberger in unserer Zeitung öffentlich verkündet hatte, dass er die 14 Millionen Franken teure Strasse auch ohne Vorliegen eines Gesamtverkehrskonzepts bauen will, kritisierte Daucourt dieses Vorgehen. Seine Haltung: keine neue Strasse ohne verkehrsberuhigende Massnahmen in Stans und ohne Gesamtverkehrskonzept. Er forderte «einen Marschhalt» bei der Planung der 1 Kilometer langen Strasse.

Doch Daucourt befasst sich lange genug mit der Thematik,

um zu wissen, dass eine solche radikale Forderung im Nidwaldner Landrat keine Mehrheit findet. Obwohl der VCS eine Einwendung – vor allem zwecks Variantenplanung und flankierende Massnahmen – eingereicht hat, erachtet er den Petitionsweg nun als angebrachter. Daucourt sagt: «Wir wollen nicht einfach das Strassenprojekt bekämpfen, sondern einen konstruktiven Beitrag leisten.»

Petition fordert Verkehrsberuhigung

Ein Komitee hat nun die Petition «Für mehr Lebensqualität in Stans» lanciert und startet demnächst mit der reinen Online-Unterschriftensammlung. Die Petition richtet sich an den Nidwaldner Regierungsrat, den Landrat und den Gemeinderat Stans. Darin heisst es: «Stans

leidet unter dem motorisierten Verkehr und ist von Staus geplagt.» Ohne flankierende Massnahmen im Dorf bleibe die Entlastungsstrasse Stans West wirkungslos und generiere schliesslich Mehrverkehr. «Es ist daher zwingend, innerorts und insbesondere im Dorfkern von Stans der Verkehr koordiniert zu analysieren, planen und verträglich zu gestalten.»

Was sich der Verkehrsclub konkret unter einer verträglichen Gestaltung des Verkehrs vorstellt, lässt er in der Petition bewusst offen. «Es ist zum heutigen Zeitpunkt zu früh, um über einzelne Massnahmen diskutieren. Zuerst braucht es eine Analyse des heutigen Zustands, klare Zielsetzungen sowie eine Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinde», sagt Daniel Daucourt. Klar scheint indes,

dass die Reduktion des Durchgangsverkehrs in Stans nicht ohne Erweiterung der verkehrsberuhigten Zonen realisiert werden kann.

Das verdeutlichen auch die Projekte aus anderen Kantonen, die der VCS als gelungene Beispiele anführt. Er verweist etwa auf Umgestaltungen in Riva San Vitale im Tessin, in Wilderswil bei Interlaken oder in Saint-Imier. Die Zentren wurden dort für Fussgänger aufgewertet, teilweise entstanden Tempo-30- oder Begegnungszonen, die Mittelstreifen auf den Fahrbahnen sind verschwunden. Wilderswil sei ein gutes Beispiel für eine gelungene Verkehrsberuhigung, heisst es auf der Website des VCS: «Unter anderem rollt der Autoverkehr ruhiger, aber vor allem auch flüssiger, Fussgänger sind sicherer unterwegs und

können nun die Strasse auch einfacher queren.»

Daniel Daucourt hofft, dass er mit der Petition die politischen Entscheidungsträger auf die Seite des VCS holen kann, damit der Durchgangsverkehr durch Stans reduziert werden kann. Denn Baudirektor Josef Niederberger will zuerst die Entlastungsstrasse bauen und dann über Lenkungsmassnahmen nachdenken. «Aus meiner Sicht wird die Entlastung grösser sein, als sich das viele vorstellen können», sagte er im Februar gegenüber unserer Zeitung.

Gemeinde: «Forderungen sind sinnvoll»

Der VCS steht mit seiner Haltung nicht alleine da. Auch die Gemeinde Stans vermisst in der Planung der Entlastungsstrasse ergänzende Untersuchungen.

«Die Forderungen in der Petition sind aus unserer Sicht sinnvoll und zielen in die gleiche Richtung wie unsere Anliegen», sagt die Stanser Gemeinderätin Sarah Odermatt. «Es ist für den regionalen Verkehr und für die Gemeinde Stans wichtig, dass die geplante Entlastungsstrasse zu einer wesentlichen Verkehrs-entlastung führt. Dies ist mit dem vorliegenden Projekt noch nicht gewährleistet.»

Die Prüfung und Umsetzung von Massnahmen auf den umliegenden Strassen sei daher essenziell. Der Stanser Gemeinderat wartet nun auf die Entscheidung der kantonalen Gremien. «Denn abschliessend liegt es nun in der Verantwortung des Regierungs- und Landrats zu entscheiden, in welcher Form sie das Projekt zur Abstimmung bringen wollen.»

5 Millionen Franken für Obwaldner Firmen

Mit einem Auffangnetz wollen Regierung und Kantonbank gebeutelten Unternehmen helfen. Auch Nidwalden arbeitet an Lösungen.

Obwaldner Unternehmen erhalten – praktisch ab sofort – fünf Millionen Franken Soforthilfe aus einem Fonds der Obwaldner Kantonbank (OKB). Dies teilte der Regierungsrat gestern mit. Die vom Bundesrat erlassenen Verbote und Massnahmen trafen die Wirtschaft hart. Vor allem kleine Unternehmen und selbstständig Erwerbende, Landwirte und Kulturschaffende «werden aufgrund des Corona-Virus unverschuldet vor Liquiditätsproblemen stehen».

Die Gesundheit der Bevölkerung habe Priorität, sagt Landammann Josef Hess. «Gleichzeitig müssen aber sehr schnell und unbürokratisch Massnahmen zur Linderung der wirtschaftlichen Folgen angegangen werden.» Der Bankrat der OKB hat daher die Schaffung eines Fonds beschlossen. «Damit sollen vor allem Firmen, insbesondere Kleinunternehmen, unterstützt werden, die es am härtesten trifft, weil sie beispielsweise nicht auf Unterstützung des Bundes hoffen können», sagt OKB-CEO Bruno Thürig. «Der Fonds soll ein Auffangnetz sein, eine Art Sozialdienst für Kleinunternehmen.»

Unternehmen brauchen Sicherheit

Der Bund hat zehn Milliarden Franken Soforthilfe in Aussicht gestellt, plus eine weitere Milliarde für besonders betroffene Unternehmen. An wen und unter welchen Bedingungen die Gelder geleistet werden, wird bis April definiert. Zu spät, findet Volkswirtschaftsdirektor Daniel Wyler. «Wir müssen den Unternehmen konkrete Vorschläge machen können. Die Leute sind genug verunsichert.» Ziel sei, die Fixkosten der Unternehmen zu decken, damit sie nach Ende der Krise wieder in den normalen Betrieb übergehen können. «Wir wollen nicht, dass Unternehmen jetzt pleite gehen, denn



Die meisten Geschäfte und Restaurants in Obwalden sind zu, wie hier in Sarnen.

Bild: Urs Flüeler/Keystone (17. März 2020)

damit ginge die ganze Obwaldner Wirtschaft kaputt.»

Bei den Geldern aus dem OKB-Fonds handelt es sich weder um A-fonds-perdu-Beiträge noch um einen normalen Unternehmenskredit. Bruno Thürig erklärt: «Es sind zinslose Darlehen mit einer rund einjährigen Rückzahlfrist, über die diskutiert werden kann.» Dabei werde der Mindestbetrag eruiert, den ein Kleinunternehmen zur Existenzsicherung brauche. Daniel Wyler betont: «Es geht hier nicht darum, Unternehmensgewinne zu finanzieren.»

Bereits im Verlauf der nächsten Woche sollen die Unterneh-

«Es geht hier nicht darum, Unternehmensgewinne zu finanzieren.»

Daniel Wyler
Obwaldner
Volkswirtschaftsdirektor

men per Online-Formular Kreditanträge stellen können. «Wichtig ist jedoch, zuerst mit der Hausbank zu reden. Sollte dort ein Kredit nicht zu Stande kommen, ist der Fonds die richtige Anlaufstelle», so Thürig. Man werde die Gesuche im verkürzten Verfahren prüfen. Nötige Angaben seien etwa eine Bankverbindung und eine Antragsbegründung. Fixkosten müssten plausibilisiert, nicht restlos nachgewiesen werden. Die Bank habe genügend Liquidität, um den Fonds zu öffnen. «Wir gehen ja von einer Rückzahlung aus.» Die OKB entscheidet über die Verteilung der

Kredite, der Kanton als Eigner hat ein Anhörungsrecht.

Die fünf Millionen beruhen nicht auf einer Schadensprognose, sagt Daniel Wyler: «Das wirtschaftliche Schadensausmass der Krise lässt sich noch nicht abschätzen, da nicht klar ist, wie lange die Massnahmen noch dauern. Aber die Luzerner Kantonbank hat 50 Millionen bereitgestellt, und Obwalden hat etwa einen Zehntel der Einwohner Luzerns.» Es sei nicht ausgeschlossen, dass der Kanton zusätzliche Mittel nachschiesse werde. Zunächst brauche es aber eine Koordination mit Bundesmitteln.

Seit Beginn der Krise sind in Obwalden 171 Kurzarbeitsgesuche eingegangen. Normalerweise sind es im gleichen Zeitraum weniger als eine Handvoll. Der administrative Aufwand sei gross, so Wyler. Trotz Personalstopp sei die Volkswirtschaftsdirektion durch Umverteilungen um zwei Vollzeitstellen aufgestockt worden. «Die Mitarbeiter leisten massiv Überzeit.»

Nidwalden will für Bankkredite bürgen

Grössere Industrie- und Produktionsunternehmen litten im Moment noch nicht unter mangelnder Liquidität. Auch Zulieferprobleme gebe es nicht in grösserem Ausmass, so Wyler. Es fehlten aber Mitarbeiter, etwa weil sie zur Risikogruppe gehörten. Um das Ansteckungsrisiko klein zu halten, sei Schichtbetrieb nötig, weshalb man den Unternehmen mit Nacht- und Sonntagsarbeitsbewilligungen unter die Arme greife. Neben administrativen Erleichterungen für die Kurzarbeit will die Verwaltung Kreditorenrechnungen umgehend begleichen und bei Zahlungsschwierigkeiten Kulanz zeigen. Auch Anpassungen der Zinssätze und Fristen bei den Verzugszinsen würden diskutiert, sagt Wyler.

Auch in Nidwalden arbeite man «mit Hochdruck» an einer Lösung für die Firmen, sagt Volkswirtschaftsdirektor Othmar Filliger. «Vorgesehen ist, dass der Kanton für Kredite der in Nidwalden ansässigen Banken an Unternehmen bürgen wird.» Eckdaten würden im Moment mit der Nidwaldner Kantonbank konkretisiert. Am 24. März will der Regierungsrat mittels eines befristeten Noterlasses entscheiden. In Nidwalden hat die Zahl der Kurzarbeitsgesuche seit Beginn der Krise 230 erreicht.

Franziska Herger